

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 2190 36/39
Telex: 8 86 846 pphn d

Inhalt

Michael Müller MdB zur Notwendigkeit des staatlichen Handelns: 8 Thesen zum Umbau der Umweltpolitik.

Seite 1

Dr. Uwe Jens MdB zum Herbstgutachten der fünf führenden Wirtschaftsinstitute: Schlechte Noten für die Bundesregierung.

Seite 5

Dr. Dieter Spöri MdL zu den Äußerungen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten zum Asylrecht: Lothar Späth, der neue Rechtsaußen der Union.

Seite 6

43. Jahrgang / 204

24. Oktober 1988

8 Thesen zum Umbau der Umweltpolitik

Zur Notwendigkeit des staatlichen Gestaltens

Von Michael Müller MdB

I.

Der „traditionelle“ Fortschrittsgedanke konzentrierte sich auf die Überwindung der inneren Widersprüche und Schranken im Produktionsprozeß. Die Entwicklung der Produktivkräfte schien quasi naturgesetzlich den Weg in eine bessere Zukunft zu weisen. Daraus verfestigte sich in den 50er Jahren ein „Wissenschafts-Technologie-Industrialisierungs-Paradigma“ (R. Kreibich), das zum Zentrum der Fortschrittsidee schlechthin wurde. In dieser Betrachtung war die Entwicklung von Technik, Wissenschaft und Industrie zugleich Mittel und Ziel des Fortschritts. Die Folgen dieser Entwicklungslogik wurden erst mit der Umweltkrise allgemein sichtbar.

Eine zeitgemäße Reformpolitik darf sich deshalb nicht allein auf die Überwindung innerer Widersprüche im Wirtschaftsprozess beschränken, sie muß zugleich äußere Schranken für das Spannungsverhältnis System-Umwelt setzen. Dies stellt die Ausgestaltung regulativer Politik vor neue Herausforderungen.

II.

Max Weber hat den Staat als politischen Herrschaftsverband mit dem Monopol zur Ausübung legitimer Zwänge definiert. Er weist aber auch darauf hin, daß die moderne politische Herrschaft mehr erfordert als dieses Gewaltmonopol. Mit der Entfaltung des Industriesystems ergibt sich verstärkt die Notwendigkeit, nicht allein über Sachverhalte informiert zu sein, sondern auch über gestaltende Eingriffsmöglichkeiten und Bewertungsindikatoren für die zukünftige Entwicklung zu verfügen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mbl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kennzeichen Ökolog
mit neuem Rotstift
Recycling-Papier



Bis heute ist aber bei uns nicht einmal das Recht auf Information als Verfahrens- und Teilhaberecht in Verwaltungsentscheidungen ausreichend institutionalisiert.

III.

Seit rund 200 Jahren lautet die normative Grundorientierung ordnungsrechtlicher Eingriffe „Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“. Das wichtigste Instrument ist das „präventive Verbot mit Erlaubnisvorbehalt“ der administrativen Kontroll- und Genehmigungsverfahren. Damit werden alle potentiell riskanten Tätigkeiten unter einen Genehmigungszwang gestellt.

Die rechtliche Regulierung technischer Risiken geht bei den Interventionsschwellen und Problemlösungsstrategien von naturwissenschaftlich-technischem Wissen und Erkenntnisinteressen aus. Als einschlägige Vorlage dient das preußische Dampfkesselgesetz von 1831 als Vorform späterer Verwaltungsvorschriften. Diese Regulierung folgt der Grundstruktur analytischer, linear-zeitunabhängiger Kausalbeziehungen ingenieurwissenschaftlicher Wissens- und Konstruktionsmodelle. Diese „Technikkontrolle durch Technik“ (R. Wolf) findet auch in den mathematisierten Kontroll- und Steuerungsformen für Sicherheitsanforderungen und Umweltstandards ihren Ausdruck.

IV.

Das erweiterte preußische Polizeirecht und das physikalische Weltbild des 19. Jahrhunderts von der „Einheit der Natur unter Gesetzen“ (K.H. Ladeur) gehen von der Basisannahme aus, daß Verursachungszusammenhänge mit quasi naturgesetzlicher Präzision unmittelbar feststellbar und mit einer ebenso rigiden Kausalmechanik polizeilicher Gegenreaktion beherrschbar sind.

Der Erfolg dieses Eingriffsmodells ist jedoch nur gegeben, wenn es kurze Kausalketten gibt und Ursache und Gegenmaßnahme zeitlich und räumlich eng begrenzt sind. Es beschränkt sich daher auf eindeutige und unmittelbare Zuordnungen und punktuelle Eingriffe, die für die Ordnungsbehörden überschaubar sind.

Durch die zunehmende „Technisierung der Eingriffsschwellen“ verliert das Recht mehr und mehr seine Funktion als qualitative Orientierungsmarke und wird zum „notariellen Beurkundungsakt“ (E. Bohne). Nahezu einvernehmlich setzen jedoch alle wichtigen umwelt- und technologiepolitischen Konzepte weiterhin auf die Kombination von „Herrschaft kraft Ingenieurwissen“ mit den Instrumenten des erweiterten Polizeirechts. So bleibt der Staat in überholten Denkmustern gefangen. Selbst dort, wo er gestaltet, steuert er als soziale Instanz vor allem nach technischen Kriterien. Diese Logik folgt der Anpassung des Menschen an die Technik und nicht umgekehrt.

V.

Mit dem Prozeß zunehmender Technisierung, Komplexität und Arbeitsteilung der Gesellschaft ist dieses Steuerungsmodell an Grenzen gestoßen. Die Technisierung der Gesellschaft schreitet voran, die Steuerungsmechanismen jedoch bleiben immer weiter zurück.

Einerseits hat sich damit eine professionalisierte Herrschaft von Spezialisten verstärkt, die die Politik entweder in die „Bürokratisierung“ oder in einen „Dilettantismus“ (M. Weber) zwingt. Dies beinhaltet die Gefahr einer „Politik ohne Politiker“, die eigengesetzliche Sachzwänge nachvollzieht, aber dennoch, in einer Mediengesellschaft allzumal, den Schein von Kompetenz wahren muß. Dabei vertieft sich eine Verselbständigung der Mittel gegenüber den Zielen.

Andererseits erschüttert vor allem eine neue Qualität von Umweltzerstörungen die bisherige rechtliche Architektur regulativer Politik. Angesichts nahezu unüberschaubarer Wirkungsketten, verlängerter Latenzzeiten bis zum Sichtbarwerden der Schäden und zunehmend irreversibler Folgen wird sichtbar, daß sich die Politik damit auf einem „technizistischen Irrweg“ befindet: Die ingenieurwissenschaftliche Risikosteuerung ist in sich und auch aufgrund einer steigenden sozial-kulturellen Komplexität zunehmend überfordert.

Die Erweiterung des Wissens bedeutet nicht mehr notwendigerweise einen linearen Zugewinn an Sicherheit und verbesserter Gefahrenabwehr. Der Grundansatz „Verursacherprinzip“ bleibt damit in der Funktion der nachträglichen Sanierung gefangen.

VI.

Neue Strukturen für den Umbau staatlicher Politik sind in den letzten Jahren diskutiert worden:

- Von der Schadensabwendung des Polizeirechts zu vorsorgenden Strategien der Risikolimitierung;
- die Ergänzung von Grenzwerten durch dynamische Zielwerte;
- die ganzheitliche Betrachtung von chemischen Stoffflüssen und Produktlinien, zum Beispiel durch eine gesundheits- und umweltverträgliche Chemiepolitik;
- offene Regulierungsformen, die im Verfahren ihre Methoden und Zielsetzungen qualitativ überprüft;
- Eingriffsinstrumente, die an qualitative Indikatoren gebunden sind;
- Bewertung und Entscheidung nicht nur nach Einzel-, sondern auch nach Systemzielen.

Dies bedeutet, daß Politik sich immer weniger ausschließlich konditional oder final definieren darf, sondern prozedurale und abwägungsorientierte Strukturen hervorbringen muß.

VII.

Das allgemeine Ziel ökologischer Reformpolitik muß vor diesem Hintergrund lauten:

Erhaltung einer Pluralität von Entscheidungsmöglichkeiten.

Technikgestaltung und politische Steuerung berücksichtigen dabei:

- Die Einbeziehung qualitativer Bewertungsmaßstäbe in die Darlegung des Bruttosozialprodukts;
- die Berücksichtigung der „Fehlerfreundlichkeit“ (v. Weizsäcker) und die Begrenzung der „Irrtumskosten“ (D. Collingridge);
- den Verzicht auf eine wissenschaftlich-technische und ökonomische Produktion „vollendeter Tatsachen“ (H. Jonas);

- Mechanismen der Korrektur und Nachbesserung;
- einen technologiepolitischen Pluralismus;
- die Internalisierung externer Kosten in unterschiedlichen fiskalischen und betriebswirtschaftlichen Formen (ökologische Abgaben, Lizenzen, Bewirtschaftungspläne, Öko-Steuern et cetera).

VIII.

Ein derartiger Umbau zu einer prozeduralen, verständigungsorientierten politischen Steuerung erfordert auch neue Organisationskonzepte, transparente Verfahrensformen, demokratische Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten, erweiterte Informationsnetze sowie verständliche Programmsprachen. Für die Rechtssystematik bedeutet das:

- Rechtsetzungen auf Zeit, Überprüfungsfristen, Genehmigungsvorbehalte, Versagensermessen;
- Einrichtung von institutionellen Frühwarn- und Bewertungssystemen (Technologiefolgebewertung, Umweltverträglichkeitsprüfung, Parallelforschung, et cetera);
- plural zusammengesetzte Gremien der Normensetzung;
- Einbeziehung aller umweltpolitischen Akteure in Entscheidungsprozesse (ökologische Bürgerrechte);
- Öffentlichkeit und Offenheit;
- Zwang zur Risikoverminderung auf die potentiellen Problemverursacher durch Vorverlagerung der Haftung (Beweislastumkehr, Produkthaftung, et cetera);
- Änderung des Verwaltungsverfahrens und des Rechtsschutzes (Verbandsklage, Gruppenrechtsschutz).

Mehr denn je werden damit die Verwirklichung eines gestaltenden Staates und von „mehr Demokratie wagen“ zu den politischen Geboten der Stunde.

(-/24.10.1988/rs/ks)

Schlechte Noten für die Bundesregierung

Zum Herbstgutachten der fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute

Von Dr. Uwe Jens MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Forschungsinstitute erteilen der Bundesregierung trotz unerwartet guter Konjunktur überwiegend schlechte Noten:

- Das reale Wirtschaftswachstum wird von dreieinhalb Prozent in 1988 auf zwei Prozent in 1989 zurückgehen;
- die Massenarbeitslosigkeit bleibt nahezu unverändert hoch mit über zwei Millionen registrierten Arbeitslosen;
- das Ziel eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts wird 1989 beträchtlich verfehlt;
- die Preise steigen leicht, aber mit kontinuierlich zunehmendem Tempo von zweieinhalb auf dreieinhalb Prozent.

In der Erhöhung der Verbrauchssteuern durch die Bundesregierung haben die Forschungsinstitute den Hauptverursacher ausgemacht und beim Namen genannt. Die Anhebung der Mineralölsteuer, der Tabaksteuer, und die Einführung einer Gassteuer sowie der Steuern auf Diesel-Pkw und auf Sachversicherungen durch die Bundesregierung führen zu beträchtlichen Wachstumsverlusten. Sie dämpfen insgesamt die Wachstumskräfte unserer Wirtschaft.

Es scheint so, als wollten nicht die grünen Utopisten, sondern vielmehr die konservative Bundesregierung die Belastungsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems testen.

Alle unerwarteten Glücksfälle der vergangenen Jahre - Exportboom durch Dollarhöhenflug, Ölpreisverfall, weltweit sinkende Rohstoffpreise, hohe Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern, auch im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt - sie wurden mit dem wirtschaftspolitischen Brems- und Drosselmaßnahmen à la Bangemann/Stoltenberg abgewürgt.

Die Massenarbeitslosigkeit ist zementiert, die neue Armut wächst und die Bundesregierung unterzieht die Belastbarkeit unseres Wirtschaftssystems einem Dauertest. (-/24.10.1988/rs/ks)

Lothar Späth, der neue Rechtsaußen der Union

Zu den Äußerungen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten zum Asylrecht

Von Dr. Dieter Spöri MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth profiliert sich immer stärker als neuer Rechtsaußen der Union. Es gibt keinen CDU-Politiker auf Bundesebene, der in den letzten Monaten so stark, so systematisch und so hemmungslos mit seinen Parolen den rechten Rand bedient hat, wie Späth.

Am Wochenende hat Späth auf einer Tagung des CDU-Arbeitskreises Polizei gefordert, der Rechtsanspruch auf Asyl müsse „endlich fallen“. Ferner meinte Späth, es wäre „anständiger und humaner“ die Asylsuchenden schon an der Grenze „abzublöcken“.

Natürlich weiß Späth ganz genau, daß er mit seiner Forderung keine Chance hat, auf Bundesebene durchzukommen. Doch das strategische Kalkül sieht auch anders aus: Es reicht Späth völlig, wenn er mit seinen Forderungen nach einer Grundgesetzänderung beim Asylrecht Stimmungen schürt und bedient, von denen bisher die Schönhubers am rechten Rand profitiert haben. Er trägt dem überraschenden Stimmenerfolg dieser Gruppen, insbesondere bei der letzten baden-württembergischen Landtagswahl, planmäßig Rechnung. Vor der Asylantenkampagne hatte Späth bereits eine emotionale Drückebergkampagne gegen jugendliche Arbeitslose inszeniert und sein Sozialministerium beauftragt, entsprechende Zwangsmaßnahmen und Verschärfungen bei den Zumutbarkeitsregeln für junge Arbeitslose vorzubereiten.

Der baden-württembergische Ministerpräsident verwickelt sich bei seiner Asylkampagne immer stärker in Widersprüche: Einerseits hat er sich im baden-württembergischen Landtag noch vor kurzem „uneingeschränkt“ zum Asylrecht für politisch Verfolgte bekannt, um dann im nächsten Atemzug wieder eine Grundgesetzänderung zu fordern, die angeblich das Asylrecht auf seinen verfassungsmäßig gewollten Kern zurückführen soll.

Das Grundrecht auf Asyl ist aber so, wie es in unserem Grundgesetz verankert ist, genau der verfassungsmäßig gewollte Kern dieses Rechts. Jede Reduzierung dieser Verfassungsbestimmung ist eine Einschränkung des verfassungsmäßigen Kerns unseres Asylrechts. Späth macht Stimmung ohne jegliche rechtspolitische Substanz. Wenn er wirklich nur dem Mißbrauch des Asylrechts entgegenwirken sollte, müßte er zum Beispiel im eigenen Land mehr dagegen unternehmen, daß die Dauer des Anerkennungsverfahrens wegen völlig überlasteter Verwaltungsgerichte hinausgezögert wird.

Die Demokratie unseres Landes, die Bundesrepublik Deutschland, wurde an wesentlichen Stellen von Persönlichkeiten - auch aus der CDU - aufgebaut, die nach dem Dritten Reich nicht mehr gelebt hätten, wenn sie nicht zur Nazizeit woanders das Grundrecht auf Asyl in Anspruch hätten nehmen können.

Späth hat mit seinem leichtfertigen Gerede zu einer Grundgesetzänderung den humanen Bezug zu unserer jüngeren Geschichte verloren. Wir fordern daher den baden-württembergischen Ministerpräsidenten auf: Nehmen Sie vor dem unseligen Hintergrund der jüngeren Deutschen Geschichte die Hände weg vom Grundrecht auf Asyl. Sie fördern damit dumpfe Stimmungen in unserem Volk, die eigentlich alle Demokraten gemeinsam bekämpfen sollten.

(-/24.10.1988/rs/ks)